

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 33 (1992)
Heft: 10

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Auferstehung der KP

Ein Organisationskomitee unter der Leitung von S. Skworzow hat eine Gründungs- und Wiederaufbaukonferenz der Kommunistischen Partei durchgeführt. Nach der Konferenz wird die Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF) zur Registrierung angemeldet. Man rechnet zunächst mit 200 000 Mitgliedern, und im Juni soll der 29. Parteikongress stattfinden. Die neue Partei bezeichnet sich als Nachfolgerin der KPdSU.

Nach dem Moskauer Putsch im August 1991 hat sich die Kommunistische Partei Armeniens selbst aufgelöst. Ein Teil der Parteimitglieder war mit diesem Beschluss nicht einverstanden. Jetzt ist in Armenien die KP wieder gegründet worden, und ihr Zentralkomitee erklärt in einem Aufruf «an alle Kommunisten und Werktätigen der Republik», dass die neue Partei die «Nachfolgerin der besten Traditionen der früheren KP Armeniens mit ihrer über 70jährigen Geschichte ist».

(«Prawda», 11. 4. 92)

Weissrussland frei von Atomwaffen

Am 27. April verliess der letzte Eisenbahnzug mit taktischen Nuklearwaffen Weissrussland. Dies bestätigte der Verteidigungsminister von Belarus, Generalleutnant Pawel Koslowskij, und erklärte, die Republik Belarus sei ihrer Deklaration, «ein souveräner, neutraler, atomwaffenfreier Staat» zu sein, treu.

(«Krasnaja swesda», 29. 4. 92)

«Prawda» mit altem Feindbild

Generalleutnant und Akademiemitglied Jewgenij Negin: «Alle sagen «Abrüstung, Abrüstung, Abrüstung . . .». Ich bin überzeugt, die Amerikaner denken nicht an eine echte Abrüstung . . . Ich habe den Eindruck, dass sie sich nicht verändert haben. Sie haben die Terminologie geändert, sie verwenden einen anderen Jargon, sind aber dieselben geblieben. Es ist kein Zufall, dass sie uns vorschlagen, unsere Nuklearwaffen zu demontieren.»

(«Prawda», 16. 4. 92)

Wer ist für Abrüstung verantwortlich?

Im November 1990 haben 22 Staaten, darunter auch die UdSSR, die Vereinbarung über die Reduktion der konventionellen Waffen unterzeichnet. Zur Sicherstellung der Einhaltung dieses Vertrages wurde damals in der Sowjetunion beim Hauptstab der Landstreitkräfte ein «Zentrum zur Sicherstellung der Waffenreduktion» gebildet. Im Zusammenhang mit der Bildung der GUS, mit dem ungelösten Problem der gemeinsamen Streitkräfte und mit der Aufstellung der Streitkräfte der Russischen Föderation stellt sich jetzt die Frage, wer eigentlich die Erfüllung des Vertrages über die Waffenreduktion überwacht. Der Leiter des bisherigen «Zentrums», Oberst Viktor Leschtschenko, kann über die Zukunft seines «Zentrums» nichts Bestimmtes sagen, ist aber der Meinung, dass trotz der Gründung des russischen Verteidigungsministeriums eine zentral geführte Überwachung und Sicherstellung zweckmässig wäre. («Krasnaja swesda», 28. 4. 92)

Im Westen viel Neues

Während im Osten Moldowas am Dnestr weiter geschossen wird, gibt es auch an der Westgrenze zu Rumänien Probleme. Eine Gruppe von Offizieren der Grenztruppen berichtet in einem offenen Brief an Präsident Snegur, dass die Westgrenze zusehends «zusammenbricht», weil hochqualifizierte Offiziere in den Dienst anderer Staaten der GUS übertreten und die Grenzwachposten nicht mehr geführt werden. «Wenn nicht sofort Massnahmen ergriffen werden, wird der Schmuggel, auch der Drogenschmuggel, Massencharakter annehmen. Es sieht so aus, als ob niemand diese Westgrenze braucht.»

(«Krasnaja swesda», 28. 4. 92)

15 Minuten und 54 Dollar für Einreisevisum

Eine Viertelstunde braucht jetzt ein Autoreisender am polnischen Grenzübergang «Schegini», um ein Einreisevisum für die Ukraine zu erhalten. Dies aufgrund der neuen Regelung der Einreise, die an Ort und Stelle erledigt wird. Die ukrainischen Behörden rechnen damit, dass dies die

aussenwirtschaftliche, kulturelle und humanitäre Zusammenarbeit mit dem Ausland fördern wird. Auch die finanziellen Interessen spielen dabei eine Rolle, wurden doch in zwei Monaten nur an diesem Kontrollpunkt 7000 Dollar und 25 000 DM einkassiert (ein Visum kostet an der Grenze 54 Dollar). («Prawda Ukraini», 17. 4. 92)

Russland Aggressor im Karabach-Konflikt

Das Verteidigungsministerium Aserbajdschans veröffentlichte in den Massenmedien eine Erklärung, in welcher Russland als Aggressor bezeichnet wurde. Russland wird vorgeworfen, den «Konflikt um Nagorno-Karabach anzuheizen und die kämpfenden Truppen mit Waffen zu versorgen». In der Erklärung wird ultimativ der Rückzug der vierten Armee der Vereinigten Streitkräfte der GUS aus der Republik gefordert. Ihre Waffen sollten dabei Aserbajdschan überlassen werden.

(«Krasnaja swesda», 18. 4. 92)

(Zusammengestellt von Georg Bruderer)

KGB gab Solschenizyn Giftspritze

Laut KGB-Oberst Boris Iwanow ist der Dichter und Dissident Alexander Solschenizyn 1971 Opfer eines KGB-Anschlages mit einer Giftspritze geworden. Solschenizyn sollte nach dem Vorbild des legendären Londoner «Regenschirmmordes» (ein Agent stach dem bulgarischen Dissidenten Georgy Markow eine vergiftete Regenschirmspitze in den Fuss, wodurch dieser wenige Tage später starb) umgebracht werden. Für den Mordanschlag auf Solschenizyn wählte das KGB ein Lebensmittelgeschäft in Nowotscherkassk (Südrussland). Der Dichter stand in der Warteschlange, als ein KGB-Agent zustach. Zunächst habe er nichts gespürt, erinnert sich Solschenizyn, doch allmählich begann die Haut zu schmerzen, am nächsten Tag sei sein Körper mit Blasen übersät gewesen. Solschenizyn liess sich von befreundeten Ärzten behandeln. Erst nach drei Monaten war er geheilt. Solschenizyn: «Ich hatte nur überlebt, weil das Gift zu gering dosiert war.»

(Siegfried Röder)